Postulat Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP): Ausbau des Gratiservice beim Arbeitsgericht der Stadt Bern

Das Arbeitsgericht der Stadt Bern leistet eine sehr lobenswerte Arbeit. Es entscheidet über Streitigkeiten, die sich aus dem Arbeitsrecht ergeben, erteilt unentgeltlich einfache Rechtsauskünfte im Zusammenhang mit dem Arbeitsrecht am Telefon oder in der Sprechstunde.

Es ist zuständig für Beratungen, sofern sich der Arbeits- oder Wohnort in der Stadt Bern oder einer der Anschlussgemeinden befindet oder befand. Während den Sprechstundenzeiten können Ratsuchende (Arbeitnehmende und Arbeitgebende) ohne Voranmeldung zu einer persönlichen Beratung vorbeikommen. Schriftliche Anfragen werden leider nicht beantwortet.

Vor allem der Telefonservice wird rege genutzt. So kommt es, dass die einzige zur Verfügung stehende Leitung dauerbesetzt ist. Es braucht viel Geduld um ans Ziel – bzw. zu einer Auskunft zu kommen. Ich habe dies auf einen Hinweis hin selber ausprobiert und habe mehrere Tage gebraucht um endlich durchzukommen.

Um diesen „Missstand“ zu beheben, wird der Gemeinderat gebeten, zu prüfen, ob es nicht sinnvoll wäre eine oder mehrere Telefonleitungen zusätzlich zur bestehenden aufzuschalten. Die bestehenden Zeiten brauchen nicht geändert zu werden. Des Weiteren sollte ebenfalls geprüft werden, ob es nicht möglich wäre, den Service mit der Beantwortung von schriftlichen Anfragen auszubauen.

Bern, 31. Januar 2008

Postulat Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP), Thomas Weil, Peter Bernasconi, Roland Jakob, Ueli Jaisli, Beat Schori, Manfred Blaser, Rudolf Friedli

Antwort des Gemeinderats

Die gesetzlichen Vorschriften verpflichten das Arbeitsgericht, nebst der Behandlung der Gerichtsfälle den Ratsuchenden Rechtsauskünfte in einer persönlichen Beratung zu erteilen. Die telefonischen Auskünfte sind hingegen eine freiwillige Dienstleistung, die vor rund 20 Jahren eingerichtet wurde und sich seither sehr bewährt hat. Die Ratsuchenden erhalten damit auf unkomplizierte Art Auskünfte über einfache Rechtsfragen und sind nicht mehr gezwungen, sich persönlich beim Arbeitsgericht einzufinden. Die aufwändigeren persönlichen Rechtsberatungen in der Sprechstunde, die mehrheitlich von Juristinnen und Juristen erteilt werden, können dadurch erheblich entlastet werden.

Die gleichen Regelungen gelten übrigens auch für das Mietamt. Bekanntlich werden in der Stadt Bern Arbeitsgericht und Mietamt - zumindest im administrativen Bereich - in Personalunion gemeinsam geführt.

Sowohl die persönlichen Rechtsberatungen in der Sprechstunde wie auch die telefonischen Auskünfte werden für das Arbeitsgericht und das Mietamt denn auch gemeinsam angeboten. Pro Jahr werden beim Arbeitsgericht rund 2 200 persönliche Rechtsberatungen in der Sprech-

stunde durchgeführt und knapp 2 000 telefonische Auskünfte erteilt. Beim Mietamt erreichen die Auskünfte ähnliche Zahlen.

Es ist bekannt, dass bei den telefonischen Auskünften, die täglich zwischen 10 - 12 Uhr benutzt werden können, oft lange Wartezeiten in Kauf genommen werden müssen. Teils ist ein Durchkommen sogar nicht mehr möglich. Ein Ausbau des Telefonservice, wie beispielweise getrennte Auskünfte für Arbeitsgericht und Mietamt mit je einer eigenen Telefonleitung, wäre sehr begrüssenswert. Ein Ausbau im jetzigen Zeitpunkt scheitert allerdings an den fehlenden personellen Kapazitäten. Insgesamt belegen die Mitarbeitenden beim Arbeitsgericht und Mietamt 550 Stellenprozente, hinzu kommen oftmals noch 80 Stellenprozente einer Rechtspraktikantin oder eines Rechtspraktikanten.

Für den Telefonauskunftsdienst werden langjährige und geübte Sachbearbeitende oder Rechtspraktikantinnen und -praktikanten eingeteilt. Sie werden im Hintergrund für allfällige Rückfragen begleitet und betreut durch die festangestellte Juristin oder einen der beiden Juristen.

Im Ist-Zustand beansprucht die Telefonauskunft während der Betriebszeiten jeweils rund anderthalb Mitarbeitende, bei einer zusätzlichen Telefonleitung wäre es das Doppelte. Pro Woche wird heute die Telefonauskunft während 10 Stunden betrieben. Ein Ausbau des Telefonservice bedingte demnach einen entsprechenden Ausbau mit erfahrenerem und juristisch geschultem Personal im Umfang von rund 20 Stellenprozenten.

Schriftliche Anfragen und die immer populärer werdenden E-Mail Anfragen werden in bescheidenem Rahmen seit jeher auch beantwortet, soweit es die Kapazitäten zulassen. Es handelt sich beim Arbeitsgericht um rund 150 bis 200 schriftliche Auskünfte pro Jahr. Schriftliche Anfragen sind relativ heikel zu beantworten, weil immer nur die eine „Partei“ gehört wird. Das Risiko fehlerhafter Auskünfte ist immer zu berücksichtigen. Es werden denn auch nur allgemein gehaltene Anfragen ohne direkten Bezug auf einen konkreten Sachverhalt beantwortet.

Bekanntlich wird das Arbeitsgericht im Rahmen der Justizreform spätestens per 1. Januar 2010 oder per 1. Januar 2011 mit grösster Wahrscheinlichkeit ersatzlos aufgehoben. Ob und wenn ja wie weit ab diesem Zeitpunkt auf kantonaler Ebene überhaupt noch Rechtsberatungen angeboten werden, ist zurzeit noch offen. Die Beratungen im Grossen Rat zu dieser Frage sind noch nicht abgeschlossen.

Es macht deshalb eher wenig Sinn, die Leistungen auf städtischer Ebene im jetzigen Zeitpunkt noch auszubauen, wenn nicht einmal feststeht, ob in Zukunft überhaupt ein derartiger Gratisservice weiterhin angeboten werden wird.

Es wird aus diesen Gründen beantragt, das Postulat abzulehnen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat abzulehnen.

Bern, 2. Juli 2008

Der Gemeinderat